



Bunte Liste Freiburg

www.bund-gegen-anpassung.com

21.10.2006



Rentner rausschmeißen heißt auf grün also: »Soziale Netze erhalten« (d.h. Anfänger-Planstellen für quasseligen Parteienwuchs schaffen oder wenigstens nicht kürzen). Im Klartext also: Sozialscheiß statt Mietbremse. Pfui Teufel!

Man wundert sich wirklich, wie frech Propaganda sein kann; nun ja, Goebbels war so ähnlich, und Frechheit siegt oft. Dann stehen die alten oder auch nur armen Mieter auf der Straße oder vegetieren, anders als zuvor, im echten Elend, während das dauerhafte Mietbrems-Vermögen verpulvert ist und in quirlig ideologischem Sozial-Firlefanz verpufft. Das ist dann die Quittung für die Ärmeren unter den Dummköpfen, die Grün gewählt haben – im Gegensatz zum wuchernden Heer der von ihren Gebühren und Steuern gemästeten Beamten und Parasiten, für die es gar nicht so dumm ist, ihre Mäster zu wählen. Aber die produktiven Kälber die pressegestützten Metzger?! – Das ist schon weniger klug und verdient kaum Mitleid. (Oder ging es beim Wählen etwa um die Umwelt? Das wäre klug und ehrenwert gewesen; aber nie ging es den »Grünen« um diese, sie waren vom ersten Tag an ein Etikettenschwindel und ein Retortenkind der Presse – denn wann haben sie je GEBURTENKONTROLLE gefordert, lokal übrigens auch Einwanderungsstopp, ohne welche Umweltschutz, gar Naturschutz selbst bei völlig verzweigtem, reglementiertem Schrumpf-

Lebensstandard völlig sinnlos ist?!)

Was bei der ganzen Schmierenkomödie mit hinter den Kulissen längst verteilten Rollen **sehr** auffällt, ist die »vornehme« Zurückhaltung der zwei anderen großen Kartellparteien neben den Grünen – obwohl SPD und CDU längst ihre Stimmabgabe für die Vernichtung der städtischen Mietbremse fein arithmetisch mit den Grünen ausgekungelt haben, sind doch nur diese im Stadtbild präsent, während ihre wichtigsten Mittäter beim substantiellen statt schaumschlägerischen Sozialabbau sich hinter diesen Grünen verstecken, damit man das prokapitalistische Kartell (bzw. Orchester mit verschiedenen Instrumenten, aber dem gleichen Stück) nicht bemerkt. Darum verstecken sie sich zusätzlich auch noch hinter ad-hoc-Tarnorganisationen unter dem Vorsitz von Frau Feierling-Rombach (ein Name ist Programm! Kleinkapital gewiß, aber Millionär wäre man dennoch gerne). Oder sie üben sich in seit hundert Jahren bewährter vorgetäuschter Schizophrenie wie die SPD, indem sie genau verteilt auf zwei Hochzeiten tanzt wie immer, aber die Zahl der Tänzer gut abgesprochen und berechnet hat, damit die entscheidende Abstimmung dennoch reibungslos klappt. Nur der gute alte Schwär macht dem CDU-Teil des Kartells Kummer, weil das Sein das Bewußtsein bestimmt und daher bei Kennern des Polit-Ladens sogar die Stimmabgabe; seine Unkäuflichkeit hat ihm daher von der BZ auch den eher tadelnden Titel des »badischen Dickschädels« eingetragen. Aber ansonsten läuft der Laden wie geschmiert.

Macht ihm einen Strich durch die Rechnung – stimmt am 12. November mit

JA!

»Ja« nämlich zu der Frage: »Sind Sie dafür, daß die Stadt Freiburg Eigentümerin der Freiburger Stadtbau GmbH und der städtischen Wohnungen **BLEIBT?**« Vorsicht ist geboten: die Formulierung ist leider nicht idiotensicher, und Idioten können Mörder werden (an armen Rentnern beispielsweise). JA heißt einfach: JA zur Mietbremse, daher Ablehnung von deren Zerstörung.

. - .

Wem Lesen und Denken Schwierigkeiten macht, kann hier aufhören. Wer nicht so kurzatmig ist, findet im folgenden noch ein paar nützliche Störungen der Schul- und Presse-Ideologeme.

-

Der einzige Sinn städtischer Wohnungen ist die Mietbremse. **Vorreiter** von Mieterhöhungen ist eine Stadtverwaltung immer ungern, weil sie im Rampenlicht steht und zugleich Loyalitätsmagnet bei der Stimmabgabe sein soll (aufgrund ihrer durch Parteizugehörigkeit gekennzeichneten Funktionsträger). Damit wirkt ihr Mieteigentum als Bleigewicht auf dem Markt; sie bewahrt die Armen vor dem Schlimmsten, obwohl sie doch nur unnütze Esser sind. Einnahmen erzielt sie dadurch nicht oder kaum; Ideologie verbreiten kann sie aber auch nicht, im Gegensatz zu »Theatergruppen« oder »Kultur«-Remmi-Demmi etc.; denn sobald die Armen einmal wohnen können, werden sie gewöhnlich träge statt quirlig-propagandistisch.

Warum hat sie sich dann diesen Bestand trotz der zuverlässig prokapitalistischen Position des sie tragenden Parteienkartells – drei und doch eins – überhaupt zugelegt? – Sie tat das in einer Zeit, als ein gar nicht so kleiner Teil des Volkes eine bessere als die bestehende Eigentumsordnung anstrebte. Darum mußte man den Kapitalismus mildern und gemäßigt an den Symptomen kurieren, aber das halt schon. Dadurch kam der Sozialstaat in die Welt (unter Bismarck), also auch die Sozialwohnungen, aber immerhin: Sozialstaat statt Sozialscheiß.

Damit ist jetzt Schluß; Pionier des Sozialabbaus, wie unter Brandt der Verfassungsbrüche (bes. Art. 3, Abs. 3), war wie immer die SPD (unter Schröder); das ist ihre historisch-gesellschaftliche Funktion, die sie nur einmal, als sie aufgrund der wachsenden KPD dabei versagte, kurzfristig, doch nachhaltig, an Hitler abtreten mußte, dessen Methoden noch rauher, aber auch teurer und riskanter wurden (ca. 30 000 Ermordete gehen immerhin auch auf das Konto Ebert/Noske, zu durchaus analogen Zwecken; ganz unblutig verläuft der Schutz des Rieseneigentums nicht immer). Inzwischen verkam die Sowjetunion zur Freude ihrer Feinde; die Lehrerlein hatten´s schon immer gewußt und dienten ihre Steuergelder in den Klassenzimmern fleißig ab. Als sie schließlich ganz vernichtet wurde, nachdem sie vorher schon lange innerlich gräßlich verkommen war, fiel jede Notbremse aus, und der Kapitalismus, jetzt freilich im großen Maßstab fast nur noch auf internationales US-Eigentum beschränkt, ließ

endlich voll die Sau raus. Spätestens ab 1990 verloren die Löhne ihre Kaufkraft (nix mehr Lohn-Preis-Spirale also, so wenig diese an sich ideal war), verlängerte sich die Arbeitszeit, wuchsen die Schikanen im Betrieb (und in der Folge auch im Staat, siehe z.B. die Verkehrsgängelei sowie Steuernexplosion). Dementsprechend stiegen die Gewinne – bis heute übrigens, komisch mit dem engeren Gürtel für »alle«, nicht wahr?! – und dementsprechend die Aktien; alle Kleinbürger, die zu dämlich waren, zu bedenken, daß der Wert einer Aktie nichts als deren durchschnittliche Dividendenerwartung, also eine Art Zins, sein kann, kauften deppert drauflos, schufen dadurch vorübergehend überhöhte Preise (»Kurse«) und verloren erwartungsgemäß ihr Vermögen (während die katholische Kirche, die unfehlbar weiß, wann Aktien wieder fallen müssen, das ihrige in aller Stille weltweit verdoppelte). Dem Staat war´s recht; Kleineigentümer stören bloß die Monopolherrschaft, welche langfristig nach dem Modell der frühmittelalterlichen Leibeigenschaft ausgebaut werden soll, technisch natürlich auf Orwell-statt Merowingerstufe. Und dabei stört eine stadteigene Mietbremse nur. Ohne Sowjetunion oder KPD im Nacken kann man die jetzt ausbauen; Schulden hatte fast jede Stadt nicht nur schon lange, sondern machte sie auch sehr gerne, erstens für ihre Parteifunktionäre und allen ideologischen Sozialscheiß, zweitens für die freie Bahn der Monopole mittels »böser Überraschung«, welche aber geplant war.

Wer die Ansicht vertritt (wie wir):

SOZIALSTAAT STATT SOZIALSCHEIß!

stimmt am 12. November mit

JA.

Wer weiter denkt, fängt den mit und durch Stalin (und manche anderen) weltweit zusammengebrochenen Kampf gegen die Knechtschaft bzw. das Kapitaleigentum von vorne an. Vor allem sucht er (oder sie, zum Teufel!) unterdrückte und versteckte Informationen und trimmt im spitzelfreien Dialog sowie Lesen – z.B. unserer KETZERBRIEFE, siehe www.ahriman.com – seine Syntax, damit er rasch genug kapiert, wenn ihm wieder die Lügen der sehr wohl getrimmten Presse und Kartellparteien um die Ohren fliegen.

P.S. Steckt da nicht der »Bund gegen Anpassung« dahinter? Nein: die BUNTE LISTE FREIBURG hat sich nur so umbenannt, es ist einfach seit Jahrzehnten ihr neuer Name. Die Hintergründe dokumentiert das Buch »30 Jahre Ketzer«. Mit uns im Stadtrat ginge es Euch (jedenfalls der ärmeren Mehrheit) sicher deutlich besser, auf keinen Fall schlechter. **Und** Ihr würdet klüger, was doch oft so nützlich ist.

V.i.S.d.P.: Bund gegen Anpassung, C. Müller, Postfach 254, 79002 Freiburg,
Spendenkonto: Postgiroamt Karlsruhe, BLZ 660 100 75, Konto 186 435-758 (Bunte Liste; bitte ohne
weitere Zusätze)